

## **Beschluss des Landrats vom 11.01.2024**

Nr. 341

### **18. Fit für die Zukunft 2: Kantonalen Wettbewerbsindikator hoch halten und Kostenumfeld für Privatpersonen verbessern**

2023/447; Protokoll: mko

Landratspräsident **Pascal Ryf** (Die Mitte) informiert, dass der Regierungsrat bereit sei, das Postulat entgegnzunehmen.

**Pascale Meschberger** (SP) führt aus, dass sich die SP-Fraktion – nicht ganz unerwartet – gegen den Vorstoss wehre. Auch wenn er möglicherweise Wasser in den Rhein trägt und schön verpackt daherkommt. Vielleicht haben in der aktuellen Finanzlage auch einige Angst bekommen, dass es die geplante Einkommenssteuerreform schwierig haben oder sie verschoben werden könnte. Ein gescheiter Kopf in der Fraktion – von denen es einige gibt – sagte, dass die Finanzpolitik bzw. die Politik grundsätzlich sehr simpel sei. Verschlechtere sich die Finanzlage, werden Sparprogramme geschnürt, verbessere sie sich, werden Steuern gesenkt – und dann verschlechtere sich die Finanzlage wieder. Dies geschehe jeweils in Zyklen von ungefähr fünf Jahren. Pointiert gesagt: Bei Bedürftigen oder Menschen mit durchschnittlichem Einkommen kann man sparen, den finanziell Bessergestellten kommt man gerne entgegen. Der Wohnsitz spielt bezüglich Steuerbelastung bei durchschnittlichem Einkommen keine Rolle, hier spielen andere Faktoren eine viel grössere Rolle. Im Dreiländereck ist man diesbezüglich eigentlich noch ziemlich gut bedient. Oder wie Mani Matter sang: Es ginge auch jenen besser, denen es gut geht, wenn es denen besser ginge, denen es weniger gut geht. In dem Sinne lehnt die SP-Fraktion den Vorstoss ab.

**Dieter Epple** (SVP) kann dem Plädoyer nicht ganz folgen, denn die Zukunft ist doch wichtig und sollte es auch für die SP sein. Die SVP unterstützt die Zukunftsbetrachtung und somit das Postulat.

**Fredy Dinkel** (Grüne) sagt, dass die Grüne/EVP-Fraktion gespalten sei. Zwei Drittel sind dagegen, ein Drittel findet, dass man abklären und dann schauen sollte, was kommt.

Laut **Saskia Schenker** (FDP) habe der Regierungsrat schon lange korrekt erkannt, dass bei der Steuerbelastung natürlicher Personen grosser Handlungsbedarf bestehe. Der Kanton Basel-Landschaft weist eine der höchsten Progressionen schweizweit auf. Es wird von linker Seite nie anerkannt, dass jeder Franken, der mehr verdient wird, in unserem Kanton proportional höher besteuert wird. Die Steuerkurve steigt sehr stark an, was vom Regierungsrat schon lange erkannt wurde. Die FDP-Fraktion wollte mit ihrem Vorstoss zusätzlich aufzeigen, dass dies den Kantonalen Wettbewerbsindikator schwächt. In der Schweiz ist bekannt, dass es nicht attraktiv ist, im Baselbiet zu wohnen. Dies ist gerade den zahlungskräftigeren Personen bewusst. Es sind gerade auch jene, die vielleicht nicht genug übrig haben, um in die 3. Säule einzuzahlen, die keine Krankenkassenprämienverbilligung erhalten – weil sie Teil des Mittelstands sind, der davon betroffen ist. Dabei könnte man sie dadurch entlasten, dass die Steuerkurve angepasst wird – nicht übertrieben, aber so, dass man sich im schweizweiten Mittelfeld bewegt. Deshalb ist der FDP-Fraktion der Vorstoss so wichtig. Der Regierungsrat nimmt ihn entgegen, weil er den Handlungsbedarf erkannt hat, er derzeit an einem Projekt arbeitet und die Steuerreform bereits angekündigt hat. Der Vorstoss gilt somit als eine Bestätigung.

**Tim Hagmann** (GLP) sagt, dass sich die GLP-Fraktion der Haltung der FDP und SVP anschliesse. Es ist absolut zentral, dass unser Kanton in einem Wettbewerbsumfeld auch für die Mittelstandsfamilien attraktiv ist. Ist er das nicht, führt es dazu, dass die Mittelstandsfamilie nicht ins Baselbiet, sondern ins Solothurnische oder den Aargau zieht. Es wird dadurch immer weniger Kinder geben; die direkte Folge daraus wird sein, dass der Kanton weniger Nationalrätinnen und Nationalräte stellt; es brechen Steuereinnahmen weg, die irgendjemand bezahlen muss, damit die 20 %, die keine Steuern zahlen, entlastet werden können. Entsprechend ist es wichtig, dass der Kanton attraktiv bleibt. Wie Saskia Schenker bereits ausgeführt hat, gibt es das Problem, dass der Mittelstand von gewissen Entlastungen nicht mehr profitieren kann, während Kosten und Lasten durch die Familie trotzdem getragen werden müssen.

Für **Stefan Degen** (FDP) persönlich wäre es fast schon der Idealzustand, den Pascale Meschberger beschrieben hat. Es würde nämlich bedeuten, dass der Staat seine Aufgaben mit immer weniger Mitteln und Personal erfüllen könnte. Das käme der Effizienzsteigerung gleich, die sich hier alle wünschen: besser zu werden, damit mehr Mittel für andere Aufgaben zur Verfügung stehen und nicht dieselben Aufgaben mit immer mehr Mitteln erfüllt werden müssen. Die private Hand, Bevölkerung und Firmen werden in der Regel ihre Mittel viel zielgerichteter einsetzen, als dies der Staat jemals tun kann. Das dürfte allen klar sein. Es geht bei diesem Vorstoss aber darum, dass der Kanton die richtigen Steuerzahlenden hat und die Leute selber entscheiden können sollen, was sie mit ihrem Geld machen. Das führt zu einer Effizienzsteigerung und wird wiederum zu mehr Steuereinnahmen führen. Insofern ist der Vorstoss also auf der richtigen Linie und bewirkt, dass wir als Gesellschaft insgesamt effizienter werden und mehr Leistung fürs Geld erhalten. Deshalb ist er unbedingt zu befürworten.

Für **Marco Agostini** (Grüne) wäre eine Überweisung okay. Es gibt aber keine richtigen und falschen Steuerzahlenden, wie Stefan Degen eben behauptete. Am besten wäre es, wenn alle Steuern zahlen könnten. Dafür müssen sie aber auch etwas verdienen. Vielleicht muss man darüber diskutieren, ob denn alle genug verdienen, damit sie entsprechend Steuern zahlen können. Sein Motto ist, dass er gerne mehr Steuern zahlt, weil er dann weiss, dass er auch mehr verdient. Dort müsste man vielleicht ansetzen.

://: Mit 58:21 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird das Postulat überwiesen.

---